

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Montag früh. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4 ½ Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 ½ Sgr., in Berlin bei allen Zeitung-Expeditoren incl. Botensohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4 ½ Sgr. Inzerate die Zeile 2 Sgr.

Mit dem 1. Januar 1867 beginnt ein neues Abonnement auf die Verfassung. Die Redaktion wird nach wie vor bemüht sein, in dem Blatte alle unser Verfassungsleben berührenden Fragen in volkstümlicher und leicht faßlicher Weise zu besprechen. Die Grundsätze nach welchen dies geschieht, sind diejenigen der entschieden liberalen Partei. Wir hoffen daß unsere Leser uns auch fernerhin treu bleiben werden im Kampfe für Wahrheit und Recht, welche ja die einzig sichere Grundlage aller Macht und Größe bilden.

Die Versendung unseres Blattes nach außerhalb findet am Montag mit dem Abendzuge statt; in Berlin wird dasselbe am Montag früh ausgegeben und werden die neuesten Nachrichten, welche Sonntags eingehen, in dem Blatte Aufnahme finden. Da der Preis unverändert bleibt, so wird unser Blatt fortan die billigste Montagszeitung sein, und dürfte sich besonders denen empfehlen, welche eine nur sechs Mal wöchentlich erscheinende Zeitung halten.

Wir bitten, die Abonnements möglichst rechtzeitig bei den Postanstalten anzumelden, da sonst die vollständige Nachlieferung der erschienenen Exemplare nicht versprochen werden kann.

Der vierteljährliche Abonnementpreis beträgt bei allen preussischen Postanstalten 4 ½ Sgr., bei den übrigen deutschen Postanstalten 7 ½ Sgr.; in Berlin in der Expedition, Taubenstraße 27, 4 ½ Sgr., bei sämtlichen Zeitungspediteuren 6 Sgr. Einzelne Nummern 6 Pf. Inzerate, welche bei der großen Auflage des Blattes im ganzen Lande Verbreitung finden, die gespaltenen Pettizeile 2 Sgr.; bei öfterer Wiederholung wird ein angemessener Rabatt bewilligt.

Eine ernste Mahnung.

Wenn man, wie bei dem Schlusse dieses Jahres, mit einer gewissen Befriedigung zurücksehen kann auf die Errungenschaften des verfloffenen Jahres, wenn man sich sagen kann, daß, obwohl so Manches nicht den Anforderungen gemäß, die wir Jahre lang geltend gemacht haben, geregelt worden ist, doch so Vieles und so Großes erreicht ist, daß wir im Ganzen froher Hoffnung voll in die Zukunft sehen können, so ziemt es dem einsichtigen Mann nicht, an die Brust zu schlagen und zu sagen: Seht, so Großes habe ich erreicht; sondern es ziemt sich für ihn, zu forschen, wo die Gründe liegen, weshalb nicht Alles erreicht worden ist, wemach er und seine Genossen seit Jahren streben.

Nehmen wir eine solche Prüfung vor, so finden wir sehr bald, daß das gesammte Volk in so mancher Beziehung gesündigt hat, und daß es darnach streben muß, die begangenen Fehler künftig zu vermeiden, wenn es überhaupt noch fernerhin mit Ernst und Energie dem seit Jahren für Recht erkannten Ziele nachstreben will.

Zuerst hat sich so mancher Mann in Preußen, welcher gewöhnlich die Dinge mit ruhigem und kaltem Blut ansieht, blenden lassen von den wunderbaren Erfolgen unserer Armee im vergangenen Sommer. Man konnte sehr wohl die Siege der Armee nach ihrem Verdienst würdigen, man konnte sich der erreichten Erfolge freuen, aber man mußte nicht vergessen, daß das, was erreicht worden ist, auch erhalten werden muß, und daß hierzu nothwendig ist, durch Durchführung der liberalen Grundzüge alle Kräfte des Volkes wachzurufen, und ganz besonders dadurch das Volk in den neuermorbenen Ländern fest an das neue Vaterland zu fesseln.

Solches hat nun wohl ein Jeder gewünscht, aber in der Freude darüber, daß endlich die Regierung die Ziele der liberalen Partei in der auswärtigen Politik zu der ihrigen gemacht hat, hat man gelaunt, sie werde sich nun ganz schnell ohne irgend welche Föderung im Innern der liberalen Partei anschließen. In diesem Glauben hat man der Regierung in jeder Weise die Wege geebnet, und war froher Zuversicht, bis man plötzlich ein sah, wie sehr man sich in dieser Beziehung geirrt hatte. Die Regierung glaubt auch heut noch, daß sie nach außen

hin alle die Ziele verfolgen kann, welche die liberale Partei aufgestellt hat, während sie im Innern die liberale Partei als eine Gegnerin des Ausfließens unseres Staates betrachtet.

Nun glauben auch wir, daß auf die Dauer ein solcher Zwiepakt zwischen der innern und äußern Politik nicht durchführbar ist, entweder muß man nach Außen hin wieder das Prinzip der Solidarität der konservativen Interessen zur Geltung kommen lassen, d. h. man muß alle Errungenschaften des letzten Sommers in Frage stellen, oder man muß auch im Innern offen die Fahne des Liberalismus aufpflanzen.

Nur dadurch kann, das ist unsere feste Ueberzeugung, das Errungene gesichert und noch Größeres, wie es wohl jedem Preußen vorzwehet, erreicht werden. Damit dies aber geschehe, muß das Volk selbst das Seinige dazu thun, um der Regierung einträchtig seine Meinung kund zu thun. Es muß nicht sich fern halten von jeder politischen Thätigkeit mit den Worten: „Die Regierung thut ja doch Das, was gut ist“, sondern es muß das ganze Volk sich eifrig zeigen bei den Wahlen, sei es zum norddeutschen Parlament, sei es zum preussischen Landtage, damit nur solche Männer gewählt werden, die streng an dem Grundsatz festhalten, daß nur die Freiheit die erste und einzig sichere Grundlage der Macht unseres Staates werden kann. Und wenn dann solche Leute, die für ihre Trägheit stets eine Entschuldigung bereit halten, kommen und sagen: „Es hilft ja doch nichts, wir haben ja gesehen, wie alle unsere Theilnahme an der politischen Thätigkeit und nicht dazu verholten hat, den Volkswillen zur Geltung zu bringen“, so weise man solche thörichte Rathschläge zurück und lasse sich nicht beirren das Seinige zu thun zum Besten des Staates. Und zwar muß das nicht ein oder zwei Mal im Jahre am Wahltag geschehen, sondern fort und fort, wo sich die Möglichkeit dazu bietet. Und diese Möglichkeit wird sich für jeden guten Bürger in seinem Berufe fast täglich bieten, sei es, daß er seinen Einfluß geltend machen kann auf die Entwicklung der Gemeinde-Angelegenheiten, welche zurückwirken auf das Staatsleben, sei es, daß er durch Belehrung seine Mitbürger aufklären kann über Das, was notwendig ist zum Besten des Volkes.

Möge sich Jeder zum Schluß des Jahres überlegen, ob er stets so gehandelt hat in dem abgelaufenen Jahr, und wenn er findet, daß er gefehlt hat gegen diese Pflicht eines guten Bürgers, so möge er seine Fehler sühnen mit dem Entschlusse, künftighin sich keiner solchen Unterlassungssünde schuldig zu machen.

Politische Wochenschau.

Preußen. Nachdem die Kammer Ferien gemacht haben, sollten eigentlich die Verhandlungen der hier versammelten Vertreter der norddeutschen Regierungen, welche die dem Bunde zu gebende Verfassung berathen, die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem auf sich ziehen, aber die Nachrichten, welche über diese sehr geheim gehaltenen Verhandlungen in das Publikum dringen, sind so pärrlich und oft so widersprechend, daß dadurch das Interesse sehr abgestumpft

wird. — Was die Militärangelegenheiten des Bundes anbetrifft, so heißt es, daß ein für alle mal ein Normal-Militärbudget festgestellt werden soll, nach welchem jeder Staat pro Mann seines Bundescontingentes (1% der Bevölkerung) 225 Thlr. bezahlen soll. Außerdem soll ein besonderer Bundes-Kriegshaushalt gebildet werden, welcher also der preussischen Regierung neben dem preussischen Staatshaushalt zur Verfügung stehen würde.

Das vom Abgeordnetenhaus und vom Herrenhause angenommene Staatshaushaltsgesetz für 1867 ist durch den Staats-Anzeiger und die Gesefsammlung veröffentlicht worden.

In Bezug auf die Vertheilung der 1,500,000, welche zu Dotationen bestimmt sind, verlautet noch nichts Sicheres, doch scheint es sich zu bestätigen, daß die Dotationen nicht in barem Gelde sondern in Grundbesitz gegeben werden.

In Frankfurt hofft man noch immer, daß die 6 Millionen Gulden, welche die Stadt als Kontribution bezahlt hat, ihr zurückbezahlt werden.

Aus Hannover wird gemeldet, daß der König Georg gegen die preussische Regierung Klage erheben hat, wegen Beschlagnahme seines Privat-Eigentums.

Bekanntlich sind in Mainz eine Anzahl von Landwehrmännern nach Beendigung des Krieges wegen Insubordination bei ihrem Regimente zurückbehalten worden. Dieselben sind am Weihnachtstage auf Befehl des Königs entlassen worden.

In der letzten Woche wurden eine Anzahl von Besätigungen von Kommunal-Beamten, denen Anfangs dieselbe verweigert worden war, gemeldet.

Die Wahlen zum norddeutschen Parlament nehmen immer mehr die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch. Aus allen Ecken des Landes wird gemeldet, daß Volks-Versammlungen entweder stattgefunden haben oder doch nächstens stattfinden sollen; und verhält man es, sich über die Personen der Kandidaten zu verständigen. Die großen Schwierigkeiten, welche die Ausübung eines neuen Rechtes bietet, werden wohl von Niemandem verkannt, um so mehr aber ist es Pflicht jedes Mannes im Volke, das Seinige zu thun zur Beilegung dieser Schwierigkeiten. Das Central-Wahl-Komitee der liberalen Parteien, welches sich in Berlin gebildet hat, hat in den Feiern mit der Vertheilung von Flugblättern begonnen, und dabei folgendes Schreiben erlassen, welches wir hier zur größeren Verbreitung folgen lassen:

Der geschäftsleitende Ausschuss des Centralkomites für die Wahl zum norddeutschen Parlamente wird an die bereits bestehenden Kreiswahlkomites und, wo dergleichen noch nicht bestehen, an einen oder zwei Gesinnungsgenossen in jedem landrätthlichen Kreise Preussens in diesen Tagen Probeexemplare mehrerer Flugblätter versenden, die geeignet sein dürften, in größerer Zahl unter den Wählern verbreitet zu werden. Unter Hinweis auf das Rundschreiben vom 20. November bitte ich ergeben, bei Bezeichnungen sich meiner Adresse zu bedienen. Nochmals erlaube ich mir, darauf aufmerksam zu machen, wie dringend notwendig für unsere Partei die Bildung liberaler Kreis-Wahlkomites ist. Im Gegenzug zu allen oder fast allen zum norddeutschen Bunde gehörigen Staaten sind Wahlreglements und Abgrenzung der Wahlkreise in Preussen noch nicht bekannt gemacht. Daraus folgt auch, daß der Zwischenraum zwischen der Publikation der Wahlkreise und zwischen der Wahl selbst in Preussen länger, als in den andern Staaten bemessen ist. Diese Thatzache allein muß uns mahnen, mit den Wahlvorberathungen, insbesondere mit Belehrung der Wähler durch Wort und Schrift, überall

Schlussigt vorzugehen, damit wir nicht am Wahltag von der weit leichter zu organisirenden Gegenpartei durch Ueberumpfung geschlagen werden.

E. Parrivius (Vordleser), Berlin, Drebbenerstr. 115."

Die „Prov. Correspondenz“ bringt einen langen offiziellen Artikel über die Ausföhrung der Wahlen, aus dem wir hier folgendes mittheilen:

In jeder Gemeinde wird vom Gemeindevorstande die Wählerliste aufgestellt. In derselben sind alle nach dem Gesetze Wahlberechtigten zu verzeichnen. Die Wählerliste muß zu Jedermanns Einsicht acht Tage lang ausgelegt werden. Der Tag, an welchem die Auslegung beginnt, ist vom Gemeinde-Vorstande unter Angabe des Lokals, in welchem die Auslegung stattfindet, noch vor dem Anfange der letzteren in ortsüblicher Weise bekannt zu machen. Wer die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies innerhalb 8 Tagen nach dem Beginn der Auslegung derselben bei dem Gemeindevorstande oder dem von demselben dazu ernannten Kommissar schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben, und muß die Beweismittel für seine Behauptung, falls dieselbe nicht auf allgemeiner Kunde beruhen, beibringen. Nachdem auf diese Weise die Wählerliste abgeschlossen worden, ist jede spätere Aufnahme von Wählern in dieselbe untersagt.

Die Wahlbezirke zum Zwecke des Stimmabgebens müssen ein möglichst zusammenhängendes und abgerundetes Ganzes bilden. Die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Person des Wahlvorstehers und seines Stellvertreters, sowie das Lokal, in welchem die Wahl vorgenommen werden soll, werden mindestens acht Tage vor dem Wahltermin durch die zu amtlichen Bekanntmachungen dienenden Blätter veröffentlicht und von den Gemeindevorstehern in ortsüblicher Weise bekannt gemacht worden.

Die Wahlhandlung selbst ist öffentlich. Dieselbe beginnt um 9 Uhr Morgens und wird um 6 Uhr Abends geschlossen. Das Wahrtrecht wird in Person durch Verkündet, in eine Wahlurne niederzuliegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeteilt. Wähler zum Abgeordneten ist jeder Wahlberechtigter, der einem zum norddeutschen Bunde gehörigen Staate seit mindestens drei Jahren angehört. Die Wahl erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlbezirke abgegebenen Stimmen.

Die Stimmzettel, mittels deren die Wahl erfolgt, sind von weißem Papier; während der Wahlvorhandlung sind solche beim Wahlvorstand ungenüßlich zu haben. Auf den Stimmzettel ist der Name desjenigen, welchem der Wähler seine Stimme geben will, mit Tinte oder mit Wasserfarb zu schreiben. Die Stimmzettel derjenigen Wähler, welche nicht schreiben können oder wollen, können auf deren Verlangen von einem oder zwei Beisitzern ausgefüllt werden, welche Seitens des Wahlvorstehers hiermit zu beauftragen sind. Zur Stimmabgabe werden nur diejenigen zugelassen, welche in die Wählerliste aufgenommen sind. Abwesende können in keiner Weise durch Stellvertreter oder sonst an der Wahl theilnehmen. Der Stimmzettel muß bereit zusammengefaßt sein, daß der auf demselben verzeichnete Name verdeckt ist, und darf mit keinem Erkennungszeichen irgend welcher Art versehen sein. Stimmzettel, bei denen hiergegen Verstoßen ist, sind von dem Wahlvorsteher zurückzuweisen. Ebenso hat derselbe darauf zu achten, daß nicht statt eines mehrere Stimmzettel abgegeben werden. Die Wähler, deren Stimmzettel zurückgewiesen sind, können dieselben durch andere ersetzen. Um 6 Uhr Abends erklärt der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen. Sodann erfolgt die Eröffnung der Stimmzettel. Einer der Beisitzer entfallt jeden

Stimmzettel einzeln und übergibt ihn dem Wahlvorsteher, welcher denselben nach lauter Verlesung an einen andern Beisitzer weiterreicht, der die Stimmzettel bis zum Ende der Wahlhandlung aufhebt. Der Protokollführer nimmt den Namen jedes Kandidaten in das Protokoll auf, bemerkt neben demselben jede dem Kandidaten zuzählende Stimme und zählt dieselbe laut. In gleicher Weise führt einer der Beisitzer eine Gegenliste.

Behufs Ermittlung des Wahlergebnisses für den ganzen Wahlkreis beruft der Wahlkommissar auf den dritten Tag nach dem Wahltermin mindestens 6 und höchstens 12 Wähler, welche ein unmittelbares Staats-Amt nicht bekleiden, aus dem Wahlkreise zusammen und verpflichtet dieselben mittelst Handzettel an Eidesstatt. Außerdem ist ein Protokollführer, welcher ebenfalls Wähler sein muß, aber Beamter sein darf, zuzuziehen und in gleicher Weise zu verpflichten. Der Zutritt zu dem Lokale steht jedem Wähler offen.

In dieser Versammlung werden die Protokolle über die Wahlen in den einzelnen Wahlbezirken durchgesehen und die Ergebnisse der Wahlen zusammengestellt. Das Ergebniß wird verlesen und demnach durch die zu amtlichen Publikationen dienenden Blätter bekannt gemacht.

Hat sich auf einen Kandidaten die absolute Mehrheit der in dem Wahlkreise abgezählten Stimmen vereinigt, so wird derselbe als gewählt verkleidet. — Hat sich eine absolute Stimmenmehrheit nicht herausgestellt, so hat der Wahlkommissar eine engere Wahl zu veranlassen.

Bei der Bildung der Wahlkreise in den alten preussischen Provinzen haben, da nach dem Wahlgesetze jeder Abgeordnete in einem besonderen Wahlkreise zu wählen ist, die Stadt Berlin in 6, Breslau und der Kreis Posen in je 2 Bezirke getheilt werden müssen. Im Uebrigen ist jede Zerlegung von Kreisen vermieiden und der Grundbesitz befolgt worden, die durch das Gesetz vom 27. Juni 1860 festgestellten Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten auch für den Reichstag möglichst beizubehalten. Die alten preussischen Provinzen wählen 193 Abgeordnete, davon werden in den einzelnen Provinzen gewählt:

Preußen	bei 3,014,600 Einwohnern	30 Abgeordnete
Polen	1,523,800	15
Brandenburg	2,616,600	26
Pommern	1,487,400	14
Sachsen	3,510,700	35
Sachsen	3,044,000	20
Westfalen	1,701,500	17
Rheinprovinz	3,377,500	35

England. Die Besorgnisse wegen eines Feiner-Aufstandes sind noch nicht beseitigt; wenn man nach den Maßregeln urtheilen will, welche die Regierung trifft, so scheint sogar die Gefahr in den letzten Wochen wieder drohender geworden zu sein. In Irland finden zahlreiche Verhaftungen und Beschlagnahmen von Waffen statt, und es nach Amerika nach England und Irland zurückkehrenden Irländer werden der strengsten Kontrolle unterworfen.

Frankreich. Die protestirte Armee-Reorganisation stößt auf entschiedenen Widerstand im Volke. Welche Bedeutung die Regierung diesem Widerstand beilegt, geht daraus hervor, daß bei einer Wahl zum gesetzgebenden Körper vor wenigen Tagen der Regierungskandidat selbst es für nothwendig erklärte, daß der Plan sehr wesentliche Abänderungen erfahre.

Mexiko. Kaiser Max bleibt vorläufig noch in Mexiko; die liberale Partei hat ihm 25 Millionen Dollars (35 Millionen Thaler) geliehen.

Neueste Nachrichten.

Aus Frankfurt a. M. wird der „Presse“ telegraphirt, daß Mitglieder der früheren Legislatur bei dem Grafen Bismarck um Einführung der preussischen Städte-Ordnung, Wahl ihrer Bürgervertreter, Rückgabe der Contribution und Beibehaltung des Guldenfußes, insoweit derselbe in Süd-Deutschland gilt, petitionirten.

In Prag war das Gerücht verbreitet, Lord John Russell habe dem Grafen Belcredi gerathen, sich auf die Deutsch-Oesterreicher zu stützen und die Verfassung wiederherzustellen.

Florenz, Sonnabend 29. Dezember. Der Senat hat ohne Discussion das provisorische Budget für das erste Quartal 1867 angenommen.

Paris, Sonnabend 29. Dezember. Der „Standard“ meint, daß von einer thatsächlichen Intervention der europäischen Mächte in Kambija nirgends die Rede sei.

Paris, Sonntag 30. Dezember, Morgens. Am 8. Januar werden sämtliche Fahrzeuge, welche die französischen Truppen zurückführen sollen, die französischen Häfen verlassen haben.

Wien, Sonntag 30. Dezember, Morgens. Die „Wiener Zeitung“ bringt in ihrem amtlichen Theile das Finanzgesetz für das Jahr 1867. Nach demselben betragen die Gesamtaufgaben 433,896,000, die Gesamteinnahmen 407,297,000 Gulden. Defizit: 26,599,000 Gulden.

Am Silvesterabend.

Der ordentliche Wirth, der Mann, dem Wohl und Wehe der Seinigen mehr am Herzen liegt als das eigene, wird am Schluß eines Jahres nie veräumen, seine Jahresrechnung zu machen. Nicht bloß wägt er seine Einnahmen und Ausgaben gegeneinander ab, er wird vor Allem bei sich überlegen, was das wechselvolle Schicksal ihm an seinem Familienglück geschmälert oder neu geschenkt hat. Aber dem wackeren Manne wird auch das ungetriebene häusliche Glück nicht als ein vollkommenes, nicht einmal als ein gesichertes erscheinen, wenn es dem Gemeinwesen, welchem er angehört, wenn es seinem Staate und seinem Volke nicht wohl ergeht. Er wird daher dem Silvesterabend nicht vorübergehen lassen, ohne gewissenhafte Abrechnung zu halten über Gewinn oder Verlust, welchen das verwichene Jahr dem Rechte, der Freiheit und der Macht seines Vaterlandes zugetheilt hat.

Es ist ein schweres, verhängnißvolles Jahr, das wir heute beschließen. Es ist reich an Opfern, die wir Alle mehr oder minder gebracht, es ist überreich an Verlusten, die so viele Familien in tiefes Weh gebracht haben, aber es ist auch reich an Gewinn oder Gütern und einer Saat frohlicher Hoffnungen für die Zukunft.

Als wir vor einem Jahre dieselbe Abrechnung hielten, da hatten wir keinen Gewinn für das öffentliche Wohl in unserm Orenkweise zu verzeichnen. Wir sahen nur die Fortschritte derer, welche Grundzüge im Staatsleben zur Geltung zu bringen suchten, die wir bekämpfen mußten, weil bei ihrer Durchführung das Recht und die Freiheit des Volkes in schwere Fesseln geschlagen zu werden drohte. Nur die Ueberzeugung von der unverwundlichen Kraft unseres Staates und Volkes, die doch am Ende zum Siege für Recht und Freiheit führen müßte, hielt damals den männlichen Muth der Seele aufrecht.

Mit trüber Aussicht eröffnete sich das neue Jahr. Es war das finstere, in welchem das wichtigste verfassungsmäßige Recht des preussischen Staates nicht zur Geltung kommen sollte. Nicht bloß die Parteien im Lande, auch die Volksvertretung und die Regierung standen fest wie zwei feindliche

Deere einander gegenüber. Schon nach wenig Wochen (am 23. Februar) wurden unsere Abgeordneten in ihre Heimath entlassen. Die Regierung behauptete, mit der großen Mehrheit dieser Abgeordneten und also doch auch wohl mit dem unzulässigen Bürgerthum des Landes, von denen sie gewählet waren, sei Verständigung und Friede unmöglich. Und dabei drohte schon damals der schwerste Krieg, den unser Land seit den Tagen des ersten Napoleon bekämpfen hat. Diefem Krieg anzufangen, ohne zuvor im eigenen Innern des Volkes Frieden geschlossen zu haben, erschien der ganzen Welt als ein Wagniß der allergefährlichsten Art. Mit welchem Rechte wurde aus allen Theilen des Landes die Bitte an den Thron gerichtet, wenn irgend möglich den Krieg gegen die auswärtigen Feinde nicht eher zu beginnen, als bis der innere Friede hergestellt sei.

Dennoch begann der Krieg, ohne daß der Friede im Innern abgemerkt oder eingeleitet würde. Aber zu unserem Glücke hatte dieses Wagniß die große Rechtsfertigkeit für sich, daß er nur unternommen wurde zur Wahrung unseres Rechtes und unserer Ehre, und daß er kein anderes Ziel hatte, als die Beseitigung von unversöhnlichen und unverfehllichen Feinden, welche stark sein wollten durch die Schwächung Preußens und auf Kosten des durch sie zerriffenen und verspalteten Deutschland. Gewiß würde jeder Preuße im Kriege gegen jeden Feind seine Pflicht erfüllt und des inneren Friedens vergessen haben. Aber gegen solchen Feind erhob sich die ganze Begeisterung des Volkes wie seiner Führer und des gesammten Volkes. So geschah von allen Seiten weit mehr, als das, was man gewöhnlich Pflicht zu nennen pflegt, was aber doch im Grunde weiter nichts ist, als die bloße Schuldigkeit wasserlantstehender Männer.

Der Krieg, auch in günstigerer Stunde begonnen, hätte doch nicht durch größere und zahllosere Siege, als die wirklich erfochtenen, beendigt werden können. Wohl aber hätte er dann, nach menschlichem Ermessen, noch größere Erfolge nach sich gezogen und uns schon im Voraus von mancher schweren Sorge für die Zukunft befreit. Wenn wir aber auch bei dem großen Gewinn nicht darüber rechten wollen, daß noch Größeres hätte gewonnen werden können, so wollen wir uns doch hüten, daß wir den Gewinn nicht für größer erachten, als der Staatsmann selbst, dem die Leitung unserer auswärtigen Politik übertragen ist. Graf Bismarck selbst hat im Abgeordnetensause gesagt, daß wir nur erst einen Anfang gemacht haben, daß die neugewonnene Macht Preußens erst noch zu befestigen, die ganze volle Einheit Deutschlands auch zu unserer eigenen Sicherheit noch erst zu erringen ist. Gedenken wir daher, wie wir schon mehrfach erinnert haben, vor Allem unserer Pflicht bei den Wahlen zum Norddeutschen Parlament.

Was uns aber auch noch zu thun übrig bleibt, den großen Gewinn hat uns das hoch erdiente Jahr gebracht, daß Preußen und mit ihm Deutschland größer, geachteter und besser in der Welt dasthe, als je zuvor.

Und dann haben wir uns noch des zweiten Gewinns zu erfreuen, daß vorausichtlich das schließliche Resultat dieses Krieges auch den Wünschen derer entsprechen muß, welche Preußens Größe und Glück nur in der gesetzlich begründeten Freiheit des preussischen Volkes zu erblicken vermögen. Unsere Feere sind im stürmischen Siegesfortschritte vorgerungen, ohne daß zuvor der innere Friede zwischen Regierung und Volk geschlossen war. Aber jeder preussische Staatsmann, der diesen Namen wirklich verdient, begreift vollständig, daß die Früchte dieser Siege nur dann gewahrt und vermehrt werden können, wenn auch der innere Friede auf fester Grundlage wieder herzustellen worden

ist, deshalb hat auch gerade nach dem Siege die Regierung den ersten Schritt zur Verständigung mit den Gegnern ihrer inneren Politik gethan. Unser freisinnigen Vertreter im Abgeordnetenhaus haben die dargebotene Hand ohne Zögern ergriffen. Wie es in solchem Falle nicht anders sein kann, so wurden dann von beiden Seiten Bedingungen gestellt, und in den Verhandlungen über dieselben wurde ebenso natürlich dies und jenes bald auf der einen, bald auf der andern Seite nachgegeben. Wo die Regierung nachgegeben hat, da hat sie an dem, was wirklich die Stärke einer Regierung ausmacht, nicht verloren, sondern gewonnen. Und wieder ist die Nachgiebigkeit des Abgeordnetenhauses nie so weit gegangen, daß man sagen könnte, es sei etwas von den nothwendigen und verfassungsmäßigen Rechten des Landes geopfert worden, wenn auch wohl so mancher Freund des Volkes gewünscht hätte, daß die eine oder die andere Frage in einer andern Weise gelöst werden würde. Die Frucht dieser Bemühungen unserer freisinnigen Abgeordneten ist aber die, daß nicht bloß zum ersten Male seit fünf Jahren wieder ein Staatshaushaltsgesetz zu Stande gekommen, sondern daß dieses Staatshaushaltsgesetz zum ersten Male, seit wir eine

Verfassung haben, dieser Verfassung gemäß schon vor dem Beginne desjenigen Jahres vereinbart und veröffentlicht ist, in welchem die vereinbarten Einnahmen und Ausgaben stattfinden sollen.

Es ist freilich gewiß, daß mit diesem Gewinne unser Recht und unsere Freiheit noch lange nicht zu wirklicher Reife gediehen sind. Aber vergessen wir nicht, daß wir heute vor einem Jahre auch nicht einmal diesen Gewinn schon in Jahresfrist erwarten konnten. In dieser Beziehung wird das Jahr 1866 etwas ein wichtiges und ein denkwürdiges Jahr in der Entwicklungsgeschichte unseres verfassungsmäßigen Lebens sein.

Doch daß der Segen nicht schwinde wie das Zaubergeld, welches sich in den Händen des Schatzgräbers plötzlich in elendem Blei verwandelt, müssen wir auch im nächsten Jahre eifrig und eifriger als bisher an der Erhaltung und Vermehrung unserer Rechte und Freiheiten arbeiten. Bedenken wir aber auch, daß wir größere Rechte und Freiheiten niemals erlangen, ohne auch zugleich größere Pflichten zu übernehmen.

Anzeigen.

Anzeige.
Das Central-Wahlkomitee hat bis jetzt folgende Flugblätter ausgegeben:

Die Wahlen zum Reichstag und was dabei auf dem Spiele steht.

Frisch auf zur Wahl.

Zu den bevorstehenden Wahlen.

Erste große Volksversammlung, betreffend die Wahlen zum norddeutschen Parlament, gehalten in Berlin am 17. Dezember.

Die Flugblätter sind zu bestellen bei
L. Parisius, Berlin, Drendenestr. 115.

Die Königsberger Neue Zeitung

(Redakteur: B. Stein.)

Die Königsberger Neue Zeitung wird in dem mit dem 1. Januar k. Z. beginnenden Quartale in vergrößertem Format und somit auch mit bedeutend vermehrtem Inhalte erscheinen.

Die verantwortliche Redaktion des Blattes übernimmt mit dem 1. k. M. Herr B. Stein, früher Redakteur der Preussisch-Litauischen Zeitung; der bisherige Redakteur, Herr A. Stobbe, wird auch fernhin für die Zeitung thätig sein.

Die Redaktion, auf dem Boden der vollendeten Thatsachen stehend, erkennt es als ihre Hauptaufgabe an, die staatliche Einheit Deutschlands und mit dieser zugleich die freipolitische Entwicklung des Vaterlandes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu fördern; beide Bestrebungen sind unzertrennlich von einander. Preußen kann seine große Aufgabe, die dem gegenwärtigen Chaos ein einträchtiges Deutschland zu erschaffen, nur lösen, wenn es allen anderen deutschen Staaten auf der Bahn der Fortschrittsentwicklung und den durch preussische Waffen eroberten Volkstümern diese Eroberung zur Befreiung werden läßt.

Die Zeitung wird bemüht sein, durch ihren reichhaltigen Inhalt, auch auf dem Gebiete der merkantilen und gewerblichen

Interessen, sowie durch Mittheilungen aus der Provinz allen Anforderungen so weit als möglich zu entsprechen. Wichtigere Ereignisse werden wie telegraphisch, die Kammer-Verhandlungen in der Regel am Tage darauf bringen.

Inserate kosten pro Petitzeile 1 Sgr.
Bestellungen auf die Zeitung für 1 Thlr. 5 Sgr. pro Quartal nehmen sämmtliche Postämter entgegen.

Die Expedition.

Die Danziger Zeitung

erscheint täglich zweimal und wird mit den hier Mittags und Abends abgehenden Zügen und Posten verandt. Der Abonnementspreis ist wie bisher für dieselbe 1 Thlr. 15 Sgr., für Auswärtige (incl. Steuer und Postprovision) 1 Thlr. 20 Sgr.

Ueber die neuesten Ereignisse der auswärtigen und internen Politik werden wir täglich durch telegraphische Depeschen und Originalkorrespondenzen das Wichtigste sofort mittheilen. Sehr wichtige Nachrichten werden außerdem durch Extrablätter mitgetheilt, deren Verbindung auch nach der Provinz erfolgt. Die Verhandlungen des Landtags und des norddeutschen Parlaments werden ausführlich und früher als durch die Berliner Zeitungen mitgetheilt.

Politische und volkswirtschaftliche Leitartikel, Original-Korrespondenzen, Provinzial- und Local-Nachrichten, tägliche Depeschen von der Berliner Börse und über alle wichtigen politischen Ereignisse; Keuzlein von beliebigen Schriftstellern u., Handels-, landwirthschaftliche und Sonderberichte, Schiffslisten u.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an und bitten wir um rechtzeitige Aufgäbe derselben, damit in der regelmäßigen Zustellung keine Unterbrechung geschieht.

Inserate finden durch die Danziger Zeitung die zweckmäßigste und weiteste Verbreitung in Ost- und Westpreußen und den angrenzenden Provinzen.

Danzig, im Dezember 1866.

Die Verlagsbuchhandlung.

(H. B. Kaufmann.)

Für das mit dem 1. Januar 1867 beginnende neue Quartal sei zum Abonnement bestens empfohlen die

Volk's-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Preis vierteljährlich bei allen Pruzs. Postanstalten 25 Sgr., bei den andern deutschen Postanstalten 29 Sgr. Auflage gegen 30,000 Exemplare.

Die Volk's-Zeitung, seit jetzt 17 Jahren die unerschrockene Verkämpferin für das Recht des Volkes und die Freiheit und Einheit des deutschen Vaterlandes, ist auch unter den durch den letzten Krieg veränderten Verhältnissen ihren bisherigen Zielen nicht untreu geworden. Sie ist daher unerschrocken eingetreten für die Rechte der jetzt mit Preußen vereinigten Länder, ohne je die Forderungen der nationalen Einheit aus den Augen zu lassen. Sie kämpft auch heute noch für die Herstellung eines das ganze Deutschland umfassenden Bundesstaates und wird daher den Zusammentritt des norddeutschen Parlaments als die Anbahnung eines solchen mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Von je an eine Vertreterin des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes wird sie jetzt bemüht sein, das Volk über die richtige Benutzung desselben aufzuklären. Während sie alle diese Fragen täglich in ihren wöchentlichen Leitartikeln behandelt, bringt sie außerdem alle politischen Nachrichten rasch und in gedrängter, allgemein verständlicher Form. In diesen politischen Theil schließen sich Aufsätze an, welche alle nicht politischen Fragen, die das öffentliche Interesse in Anspruch nehmen, besprechen, und finden neben den volkreichhaltigsten Fragen besonders die neuesten Entdeckungen der Wissenschaft dabei ihre Berücksichtigung. Durch genaue und schnelle Berichte über die Berliner Fonds- und die Berliner und größeren auswärtigen Produktensbörse sucht sie auch die Ansprüche des Geschäftsmannes zu befriedigen. Die Besprechung von Berlin aus erfolgt mit den Abendzügen.

Die weite Verbreitung der Volk's-Zeitung durch ganz Deutschland macht sie zu **Ankündigungen** aller Art besonders geeignet, die Anzeigengebühr beträgt für die gewöhnliche Zeile 3 Sgr., für den Arbeitssatz sogar nur 2 Sgr., ein im Verhältnis zu andern verbreiteten Blättern, deren Auflage sie um das Doppelte, ja bis um das Drei- und Vierfache übersteigt, gewiß mäßiger Preis.

Täglich zweimal. — Vierteljährl. 1½ Thlr.

Zum Abonnement auf die täglich zweimal erscheinende

„Oder-Zeitung“

(begründet von Wilhelm Dunder)

ladet die Expedition ergeben ein. Die Zeitung hat sich durch ihre Billigkeit bei großer Gediegenheit einen bedeutenden Bestand erworben; sie ist über ganz Pommern, die Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen verbreitet. Sie ist **entschieden freisinniger Richtung** und bringt **vollständliche Leitartikel**; das politische Material wird sorgfältig sichtet und alles Wichtige durch **telegraphische Depeschen** zur Kenntniss der Leser gebracht. Ueber die politischen Vorgänge in Berlin bringt das Blatt **Berichte eigener Korrespondenten**. Die **Kammerverhandlungen**, ebenso die **Verhandlungen des Norddeutschen Parlaments** werden erschöpfend mitgeteilt. Den Nachrichten aus Stadt und Provinz wird die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Ein beliebiger Heftauschnitt liefert in **Heft-Ausdrucken** das **Berliner Leben**; außerdem **Novellen, Erzählungen u. s. w.** In **Conferenztischreden** aus Berlin, Estlin, Breslau, Danzig, Posen u. s. w. liefert die Zeitung alles, was für ein größeres Publikum von Interesse ist. Die **vollständige Lotterie-Liste** wird mitgeteilt. Inserate werden die dreispaltige Zeile zu 1 Sgr. berechnet und finden die größte Verbreitung.

Estlin, im December 1866.

Die Expedition der Oder-Zeitung.

Für das mit dem 1. Januar 1867 beginnende neue Quartal sei zum Abonnement bestens empfohlen das

Sonntags-Blatt

für Jedermann aus dem Volke.

Begründet von Otto Nuppius.

Herausgegeben von Friedrich Spielhagen.

Erscheint jeden Sonntag in einem Bogen gr. Quart in eleganter Ausstattung. Preis vierteljährlich bei allen Buchhandlungen und Postämtern 4 Sgr.

Der Inhalt des Sonntags-Blattes besteht in:

- 1) **Original-Novellen** der berühmtesten Autoren, wie Friedrich Spielhagen, Carl Heigel, Adolf Stern, Friedrich Heibrich, Alfred Weisner, Ludwig Biemssen, Max v. Kostowka, Sophie Verena u. A.
- 2) **Einem fortw.** ^{oder} Album von Originalgedichten oder musterghiltigen Uebersetzungen fremder Dichter.
- 3) **Schilderungen aus der Zeit**, die als Commentare zur Zeitgeschichte willkommen sein werden.
- 4) **Litterarischen Besprechungen** der vorzüglichsten Erscheinungen der deutschen Litteratur.
- 5) **Wissenschaft für's Leben**, populäre Abhandlungen aus allen Gebieten des Wissens, von den namhaftesten Autoren
- 6) **Kose Blätter**, einer Blüthenlese von kleineren anregenden Notizen und Festschätzen von Rah und Fern, aus Vergangenheit und Gegenwart.

Dieser vielseitige, theils unterhaltende, theils belehrende Inhalt macht das Sonntags-Blatt zu einer überaus willkommenen Ergänzung zu den politischen Zeitungen und ermöglicht der niedrigen Preis von vierteljährlich nur 4 Sgr. Jedermann, selbst dem weniger Bemittelten, das Abonnement darauf, wozu es hiermit bestens empfohlen sein mag.

Die Verlagsabhandlung von Franz Dunder in Berlin.

Der

„Bürger- und Bauernfreund“

beginnt mit dem 1. Januar abermals, einmal wöchentlich erscheinend, für 4 Sgr. 6 Pf. das Vierteljahr, wofür jede Preussische Postanstalt Aufträge darauf annimmt, seinen Kauf von Stambinnen aus, unter alter Redaction.

Durch Beschlagsnahme und Verurtheilungen anbeirrt wird er nach wie vor in vorstößlichster Sprache für Freiheit und Recht schreiben und kämpfen, stets eintritten für ein durch die Freiheit geeinigtes ganzes Deutschland.

Nach Beschlagsnahmen wird er stets neu erscheinen, wenn nicht anders möglich ist, als weisses Blatt. Der guten Sache wegen, und wegen hierso vorhandenen notwendigen Nachtrags, der natürlich die Kosten verdoppelt, wäre doppelte Abonnentenzahl erwünscht. Noch verläßt er den Kampfplatz nicht, also — heran neue Leser!

Inserate finden für 3 Sgr. die Zeile Verbreitung durch ganz Deutschland und sind an die Redaction dieses Blattes einzulenden.

Die Herausgeber:

Böttler-Marienböbe. Th. Käsbaum-Pudern

Einzeln Jahrgänge der Volk's-Zeitung werden zu laut. Französische Adressen mit Preisangabe von K. 102 in der Expedition d. Bl.